

Manuskript der geplanten (aber Corona-bedingt abgesagten) Vortragsveranstaltung „100 Jahre Kapp-Putsch“ am 04. November 2020, Veranstalter: Forum für Politik und Kultur e.V. in Hannover

Ulrich PETER (Historiker, Berlin)

100 Jahre Märzrevolution 1920:

Ich bin in einer Zechensiedlung in einer Klein-Stadt mit ehemals vier Schachtanlagen großgeworden, ich bin der erste in meiner Familie, der nicht im Bergbau in Rente gegangen ist, aber ich habe mir mein Studium überwiegend bei der Ruhrkohle AG verdient. Die Märzrevolution 1920 ist mit meiner Familiengeschichte verwoben. Mein Großvater mütterlicherseits, Jahrgang 1905, war als Jungbergmann Meldegänger des örtlichen Arbeiter- und Soldatenrates, mein Großvater väterlicherseits, Jahrgang 1899, war Landarbeiter in Mecklenburg und zur Zeit des Kapp-Putsches als Angehöriger eines Freikorps an der Niederschlagung der Roten Ruhrarmee beteiligt. Als junger Sozialdemokrat und Gewerkschaftsfunktionär habe ich anlässlich von Jubilarehrungen und Treffen mit Veteranengruppen oft Gespräche über den Kapp-Putsch und die Rote Armee geführt. Aber begriffen, was damals wirklich geschehen ist, habe ich erst durch die drei Bände „Märzrevolution“ von Erhard Lucas, die der Berliner Verlag „Die Buchmacherei“ 2019 neu herausgegeben hat. Die Buchmacherei ist vor 15 Jahren als Projekt einer Gruppe von linken Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern entstanden, inzwischen haben wir fast 50 Bücher publiziert mit Schwerpunkt zu den aktuellen Klassenauseinandersetzungen und zur Geschichte der sozialen Bewegungen. Wir arbeiten völlig autonom und ehrenamtlich und verstehen unsere Arbeit auch als Sicherung wichtiger Erkenntnisse und Lernprozesse der bisherigen sozialistischen Bewegungen für Leute, die auch künftig nach Antworten auf wichtige Fragen suchen. Jede Generation wird politische Fehler machen – aber es sollten neue sein und nicht immer die alten.

Bevor ich zum Vortrag komme, möchte ich mit einem Auszug aus der „Proletenpassion“ der österreichischen Gruppe Schmetterlinge, uraufgeführt 1976, einleiten.

Einleitung:

1. Wer schreibt die Geschichte?

Jeden Morgen, wenn wir zur Arbeit fahren
wird eine neue Seite ins Geschichtsbuch geschrieben.

Wer schreibt sie?

Geschieht Geschichte mit uns?

Oder machen wir unsere Geschichte?

Unsere Geschichte ist die Geschichte von Kämpfen zwischen den Klassen.

Eine wütende Chronologie.

Doch gelehrt wird uns die lange Reihe von Kronen und Thronen.

Und über allem waltet ein blindes Geschick.

Wenn wir so vieles nicht erfahren sollen

Wer hat Interesse daran, dass wir es nicht wissen?

Wenn so vieles nicht in den Lehrbüchern steht -

Wer will, dass es nicht gelehrt wird?

Ich habe meinen Vortrag in vier Teile strukturiert, mit unterschiedlicher Länge.

1. Die Vorgeschichte des Kapp-Putsches.
2. Inhalt und Ablauf des Putsches
3. Der Putsch und die Gegenwehr im Reich und speziell im Ruhrgebiet
4. Die Verarbeitung von Putsch und Arbeiteraufstand.

1. Die Vorgeschichte des Kapp-Putsches.

Ich beginne mit der Vorgeschichte und dem Generalstreik. Ihr wisst, dass der Kapp-Putsch scheiterte, da alle Fraktionen der Arbeiterschaft, der Angestellten und selbst mehrheitlich der Beamten, ihn durch einen Generalstreik scheitern ließen. Für Zeitgenossen war die Ausrufung des Generalstreiks durch die SPD-orientierten Freien Gewerkschaften eine Sensation. Denn: In der sog. „Massenstreikdebatte“ 1905/1906 hatten sie ihn rigoros abgelehnt. Ein Grund waren die zu erwartenden politischen Repressionen des Staates und das zu befürchtende Organisationsverbot. „Generalstreik ist Generalunsinn“ war ein beliebter Slogan bei sozialdemokratischen Reformisten. Der 5. Gewerkschaftskongress in Köln beschloss 1905 mit breiter Mehrheit: „Den Generalstreik, wie er von Anarchisten und Leuten ohne jegliche Erfahrung auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes vertreten wird, hält der Kongress für indiskutabel; er warnt die Arbeiterschaft, sich durch die Aufnahme und Verbreitung solcher Ideen von der täglichen Kleinarbeit zur Stärkung der Arbeiterorganisationen abhalten zu lassen.“

Befürworter des Massenstreiks waren vor allem die »radikalen Linken«. Seit dem Ausbruch der Revolution in Russland 1905 gehörte Rosa Luxemburg zu den aktivsten Verfechtern der Idee. „Generalstreik“ und „greve général“ waren die Markenzeichen des europäischen Anarchismus.

Ich springe zum Ende des 1. Weltkrieges. SPD und Gewerkschaften legitimieren den imperialistischen Weltkrieg und folgen der kaiserlichen Parole „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche.“ Die Loyalität und der Gehorsam der Millionen SPD-Mitglieder mit ihren Führungen sind lange ungebrochen, die radikale Linke ist unbedeutend und mit der USPD gründet sich erst 1917 eine neue reformistische Massenpartei. Der Rest ist bekannt. Der Kaiser ging ins Exil. Scheidemann, Ebert und Noske übernahmen die Verwaltung der Deutschen Revolution und beendeten sie schnellstmöglich.

Durch den Dienst in der Armee gab es mehrere Millionen militärisch ausgebildeter Arbeiter. Viele hatten ihre Handfeuerwaffen beim Rückmarsch mitgenommen. Unter ihnen waren viele erfahrene Unteroffiziere.

Die Beendigung der Novemberrevolution 1918/19 verlief ungemein blutig. Mit Hilfe der von kaiserlichen Generalen geführten „loyalen“ Truppen und der Freikorps, etwa des Freikorps Epp, das in München mordete, zog sich eine Blutspur durch Deutschland. Einige Schlaglichter von vielen:

- Im Januar 1919 wurde die Bremer Räterepublik zusammengeschossen. Dabei kamen etwa 400 Menschen ums Leben. Als Reaktion darauf kam es in Berlin, Sachsen, Oberschlesien, im Rheinland und im Ruhrgebiet zu Massenstreiks.
- Im Ruhrgebiet scheiterte die versprochene Sozialisierung des Bergbaus. Demonstrationen wurden seitens der Reichsregierung durch Freikorps zusammengeschossen. In diesen Auseinandersetzungen war auch das „Freikorps Lichtschlag“ aktiv, das seitdem im Ruhrrevier als „Freikorps Totschlag“ bekannt war.
- In Berlin setzte Noske Truppen gegen die Streikenden und die Volksmarinedivision ein. Sie töteten bis zum 16. März 1919 mindestens 1.200 Menschen.

- April/Mai 1919: Münchner Räterepublik. Rund 2.000 vermeintliche oder tatsächliche Anhänger der Räterepublik wurden in den nachfolgenden Wochen mit Haftstrafen sanktioniert, von Standgerichten zum Tode verurteilt oder unmittelbar ermordet.
- Berlin: 13.1.1920: 200.000 Demonstranten gehen gegen den Entwurf eines Betriebsrätegesetzes auf die Strasse. SiPo mit Maschinengewehren schießt in die Menge - 42 Tote und mindestens 100 Schwerverletzte.

Die Reichsregierung hatte sich Anfang 1920 mit Hilfe der Reichswehr gegen „Links“ durchgesetzt. Die politische Situation beschreibt der Arbeiterschriftsteller Theodor Plievier so: „Der Kaiser ging, die Generäle blieben.“ Es blieben aber auch die Konzernherren, die monarchistischen Juristen, die Großgrundbesitzer. Und es blieben die Erfahrungen von Millionen, die eine SPD und Republik erlebt hatten, die revolutionäre Arbeiter ohne Urteil erschießen ließ, die die Mörder der Freikorps unbehelligt ließ und die Verbände, die 1918 aktiv in der Revolution gewesen war, auflöste. KPD und weite Teile der USPD sprachen bei der SPD nur von den „Noskiten“ und den „Arbeitermördern.“ Die monarchistische Reaktion hatte im Auftrag der Regierung die revolutionäre Arbeiterschaft entwaffnet und die Führungsgruppen physisch dezimiert. Die konservative und radikale Rechte hatte auch erreicht, dass die Weimarer Regierung der Versailler Frieden abschloss und somit der Reaktion die Chance gab, sich aus der Verantwortung für den Weltkrieg und seine Folgen zu stellen. Die SPD übernahm aus „staatlicher Verantwortung“ diese Aufgabe und wurde dafür als „Novemberverbrecher“ tituliert. Den Kampf über die Deutungshoheit über die Ursachen des Krieges und der Niederlage hatte sie nicht einmal geführt.

1920 hatte sich die politische Landschaft auf der Linken im Verhältnis zur Zeit vor dem Krieg wesentlich verändert. Im Jahr 1920 waren mehr als 10,5 Millionen Deutsche in Gewerkschaftsverbänden organisiert, davon 7,5 Millionen in den sozialdemokratisch orientierten Freien Gewerkschaften. Stärkste Partei auf der Linken war immer noch die SPD. Anfang 1920 hatte sie 1.180.208 Mitglieder, davon 207.007 weibliche, sie waren in 9.236 Ortsvereinen zusammengeschlossen. Die SPD verfügte über 147 Parteizeitungen, darunter ungefähr ein Dutzend Kopfblätter, von denen 91 zusammen 1.186.000 Abonnenten haben. Die SPD hatte aufgrund ihrer Wahlerfolge neben der Reichstagsfraktion 755 Landtagsabgeordnete, in 1.041 Städten 7.968 Stadtverordnete, in 5.682 Landgemeinden 28.983 Gemeindevertreter, in 304 preußischen Kreisen 3.262 und in den Provinziallandtagen 448 Vertreter. 1926 war die Mitgliederzahl auf 650.000 gesunken. Die Sozialdemokratie war in den Jahrzehnten nach dem Sozialistengesetz parlamentarisiert worden. Wenn überhaupt noch der Übergang zum Sozialismus angestrebt wurde, dann als Summe und Resultat evolutionärer Schritte. Aber es gab einige neue politische Formationen, die für unseren Kontext der Märzrevolution 1920 bedeutend waren:

- Die USPD, die sich während des Weltkrieges von der rechten Mutterpartei abgespalten hatte. Ende Januar 1919 hatte sie ca. 300.000 Mitglieder und verdreifachte diese Zahl bis September 1920 auf 900.000. Eine Ursache für dieses Wachstum waren die Ereignisse rund um den Kapp-Putsch.
- Die KPD war erst zur Jahreswende 1918/19 entstanden und besaß 1919 106.656 Mitglieder. Diese Zahl sank bis Mitte 1920 auf 78.715 Mitglieder. Während der März-Kämpfe 1920 war sie mitten in der Spaltung. Die Berliner Zentrale stritt mit der antiparlamentarischen/ antigewerkschaftlichen Mehrheit. (Ausgeschlossen waren die Bezirke Nord, Nord-West, Niedersachsen, Groß-Berlin und

Dresden. In Berlin verblieben von 12.000 Mitgliedern nur 800 bei der Partei). Das Ruhrgebiet war ein Schwerpunkt der Linksradiكالen in der KPD. Geschlossene Ortsgruppen, so in Mülheim, hielten sich zur Opposition und gingen später zur abgespaltenen Kommunistischen Arbeiterpartei (KAPD) über. Diese verzeichnete im April 1920 reichsweit 38.000 Mitglieder.

- Die Mehrheits-KPD hatte 1920 im Ruhrgebiet kaum noch Anhänger. Ich zitiere aus dem Parteitagprotokoll v. 25./26.2 1920: Im Bericht der Zentrale über einen Besuch im Ruhrgebiet (S.16) heißt es: „Dort besteht eine kommunistische Bewegung nicht. Was in Rheinland-Westfalen besteht, ist schlimmer, als wenn wir gar nichts hätten. Und es wird in nächster Zeit nicht möglich sein, die Kommunistische Partei auf die Beine zu bringen.“
- Dann ist noch die „Freie Arbeiterunion“ FAUD zu nennen. Vor 1914 hatte ihre Vorläuferorganisation reichsweit max. 6.000 Mitglieder. Das Paktieren der gewerkschaftlichen Zentralverbände mit Staat und Unternehmern während des Krieges führte nach der Novemberrevolution zu Massenausritten von sich radikalierenden Arbeitern vorwiegend aus dem Bergbau aus den Gewerkschaften Am 28.4.1919 bildete sich die FAU Rheinland-Westfalen mit über 120 Ortsgruppen. Da diese Phase wissenschaftlich gut erforscht ist, wissen wir, dass diese Mitglieder überwiegend Neu-Syndikalisten waren, die gleichzeitig Mitgliedsbücher der USPD oder KPD besaßen und darin keinen Widerspruch sahen. Reichsweit hatte die FAUD 1920 111.675 Mitglieder. Die Zahl war schon 1921 auf 57.217 Mitglieder in 143 Ortsgruppen (überwiegend Bergbau und Metall) gesunken und erreichte 1932 den Tiefststand von 4307 Mitgliedern.

2. Inhalt und Ort des Putsches

Zum Charakter des Putsches führt der Historiker Erhard Lucas aus: „Der Militärputsch vom 13. März 1920 war eine lebensgefährliche Bedrohung für die junge Weimarer Republik. Der politische Kopf der Putschisten, der rechtsradikale Politiker Wolfgang Kapp, hatte ein Programm, das auf eine Kanzlerdiktatur, die Entmachtung der Parteien und den Einbau aller Verbände einschließlich der Gewerkschaften in einen autoritären Korporativstaat hinauslief. Das Unternehmen einmal in Gang gesetzt, konnten die Putschisten hoffen, dass die Dynamik von Putsch und Bürgerkrieg das Militär in die politische Schlüsselposition bringen würde. Wenn sie gesiegt hätten, wäre ein politisches System nach Art von Franco-Spanien die Folge gewesen ...“ (Erhard Lucas)

Auslöser für den Putsch war eine Entscheidung Noskes vom 29. Februar 1920 gewesen, entsprechend den Festlegungen des Versailler Vertrages die Marinebrigade Erhardt und die Marinebrigade von Löwenfeld aufzulösen. General von Lüttwitz, der die beiden Verbände als unverzichtbar für seine Truppe betrachtete, protestierte am 10. März 1920 beim sozialdemokratischen Reichspräsidenten Friedrich Ebert und verlangte ultimativ eine verbindliche Zusage für den Erhalt der beiden Brigaden. Mehr noch: Von Lüttwitz konfrontierte das Staatsoberhaupt mit einer Reihe von politischen Forderungen, die die Weimarer Republik grundsätzlich in Frage stellten. Ebert wies die Forderungen zwar zurück, verzichtete jedoch darauf, den General auf der Stelle zu entlassen und legte ihm lediglich den sofortigen Rücktritt nahe.

Zum Militär: Tatsächlich war die Mehrzahl der Putschisten von einem tiefen Hass auf die gerade errichtete Weimarer Republik getrieben, auch wenn nicht alle eine Restauration der Monarchie anstrebten: Ihnen schwebte die Errichtung einer Militärdiktatur vor, die sich auf die etwa 120 Freikorps stützen sollte, die nach dem Ende des Ersten Weltkriegs entstanden waren und in denen Tausende Soldaten und Offiziere, die nur über eine militärische, aber keine zivile Ausbildung verfügten, ihre einzige Perspektive sahen.

Ort: In der Nacht vom 12. zum 13. März 1920 marschierten Truppen unter dem Kommando von General von Lüttwitz, dem am Tag zuvor doch noch das Kommando über die beiden Freikorps entzogen worden war, in Richtung Berlin, ohne auf Widerstand zu stoßen. Viele Soldaten und Offiziere hatten sich weiße Hakenkreuze auf die Helme gemalt, als Symbol ihrer »nationalen« und »völkischen« Gesinnung.

3. Der Putsch und die Gegenwehr im Reich und speziell im Ruhrgebiet

3.1. Verlauf als Zeitleiste

13.3. - Kapp-Putsch in Berlin: Reichswehr schießt nicht auf Reichswehr. Flucht. In Ostpreußen nimmt Regierungspräsident Winnig (SPD) am Putsch teil.

Generalstreikaufruf ADGB/AFA; SPD:

- Von dem SPD-Aufruf zum Generalstreik distanzierte sich am 13.3. Ebert gegenüber General Maercker in Dresden. Der Aufruf wäre nicht vom PV legitimiert gewesen. (Siehe Heinrich August Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung, S.301) Verfasser des Aufrufs war der Pressesprecher der Reichskanzlei.
- Erklärung der KPD-Zentrale am 13.3.1920: »Die Ebert-Bauer-Noske sind stumm und widerstandlos in die Grube gefahren. [...] Im Augenblick des Versinkens ruft diese Gesellschaft von Bankrott-euren die Arbeiterschaft zum Generalstreik auf zur ›Rettung der Republik‹. [...] Das revolutionäre Proletariat [...] wird keinen Finger rühren für die in Schmach und Schande untergegangene Regierung der Mörder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs. [...] Es wird keinen Finger rühren für die demokratische Republik, die nur eine dürftige Maske der Diktatur der Bourgeoisie war.« (Quelle: Die Rote Fahne, Berlin, 13./14. März 1920.) Erst einen Tag später wurde dies revidiert. Einer der Hauptexponenten der KPD-Erklärung war der Genosse Friesland, der unter dem Namen Ernst Reuter später Berliner Bürgermeister wurde.

14.3.: der Streik beginnt und weitet sich auf alle Provinzen aus.

15.3. 12 Millionen Streikende in ganz Deutschland. Das Ruhrgebiet steht still. Es handelte sich um den ersten – und bisher einzigen – politischen Massenstreik in der deutschen Geschichte.

15.3. In Hagen Kämpfe zwischen Arbeitern und Einheiten des Freikorps Lichtschlag (Totschlag!) Großer Sieg der Arbeiter: 64 Tote bei Lichtschlag, darunter 4 Offiziere.

15./16.3. Die ersten Arbeiterkompanien (2000 Mann!) werden formiert und entwaffnen die Einwohnerwehren und schlagen weitere Lichtschlag-Kompanien in Herdecke und im Hagener Bezirk. Schwere Waffen werden erbeutet.

16.3. Der Putschist v. Watter erklärt seine Loyalität zur Reichsregierung.

17. März: Kampf um Dortmund. WICHTIG: Landrat Hansemann und Regierungspräsident König (beide SPD) wollen das Freikorps durch Dortmund schleusen. Klappt nicht!! Ein Aktionsausschuss aus „USPD, KPD und Syndikalisten übernahm die Herrschaft über Dortmund. Die SPD hatte bereits am 13. März ein Zusammengehen mit KPD und USPD abgelehnt.“ (Illustrierte Geschichte, S.497)

17.3.: Am 17. März 1920 gaben die Putschisten auf. Kapp floh nach Schweden, von Lüttwitz brachte sich wenige Tage später in Österreich in Sicherheit.

17.3. ff. Überall entstehen Einheiten der Roten Armee. Die Reichswehr flüchtet nach Remscheid (Nähe: Entmilitarisierte Zone des Rheinlandes). In Duisburg und Hamborn trat die Freie Arbeiter-Union geschlossen der Roten Armee bei. Dortmund und Mülheim/Ruhr waren Hochburgen der Syndikalisten.

19. März: Essen wird befreit (Marchwitza, Sturm auf Essen)

- Selber Tag: Angriff auf Remscheid. Freikorps Lützow wird geschlagen. Die Reste fliehen in die entmilitarisierte Zone und werden dort entwaffnet.

- Selber Tag: Das Reichswehrkommando Münster zieht alle Einheiten auf Wesel zurück. Allein in Düsseldorf fallen den Arbeitertruppen in die Hände: 4000 Gewehre, 100 MGs, Geschütze und viel Munition. (Illustrierte S.500)

20. März: Die Berliner Gewerkschaftszentralen beenden den Generalstreik, die USPD folgt am 22.3.

3.2. Der gescheiterte Versuch einer Arbeiterregierung „von den christlichen Gewerkschaften bis zur USPD“:

Montag, 22. März 1920

„Am 22. März 1920, nachmittags 2 Uhr 30 Min., fand beim Herrn Reichskanzler [Bauer] eine Sitzung mit Vertretern der Gewerkschaften und der beiden sozialdemokratischen Fraktionen statt. Hierbei trug Legien die Forderungen vor, die 1. auf Verhandlung mit den bürgerlichen Parteien über Bildung einer reinen Arbeiterregierung und 2. auf Säuberung der Truppen und der Sicherheitswehr und ihre Entfernung aus den Berliner Straßen gingen. ...Eine reine Arbeiterregierung ist in Deutschland durchaus möglich. Sie hat die Gewerkschaften, Fraktionen, Angestelltenverbände usw. hinter sich. Ihr Programm würde enthalten: Sozialisierungen, Einziehung der Hohenzollerngüter und der Rebellen-güter, aber Schutz des Eigentums im Übrigen; die Bauern behalten ihre Güter; praktische Maßnahmen in der Arbeiterfürsorge, reale Erfüllung des Friedensvertrags, aber Versuch, ihn zu mildern. — Bürgerliche würden nicht als Parteivertreter eintreten dürfen, höchstens als Vertreter der christlichen Arbeiter usw.

Brennender ist die sachliche Frage. Die Regierung hat selbst zum Generalstreik aufgerufen. Von Se-eckt soll erklärt haben, dass man jetzt gegen links vorgehen müsse. Oberst Reinhard und Kessel sind noch da sowie andere, die kein Vertrauen genießen. Die Säuberung des Militärs Muss energisch fort-gesetzt werden.“

KPD dazu: Kapp-Putsch | Dienstag, 23. März 1920

„1. Der Militärputsch der Kapp-Lüttwitz bedeutet den Zusammenbruch der bürgerlich-sozialistischen Koalition. Der proletarische Kampf gegen die Militärdiktatur war ein Kampf gegen die bürgerlich-sozialistische Koalition und hat zum Zwecke, die politische Macht der Arbeiterschaft zu erweitern bis zur vollständigen Ausschaltung des Bürgertums.

2.) Die proletarische Diktatur kann aufgerichtet werden nur als Diktatur der ausschlaggebenden Teile des Proletariats und setzt voraus eine starke Kommunistische Partei, die getragen wird vom revolutionären Bewusstsein der werktätigen Bevölkerung, die sich zur Diktatur des Proletariats offen bekennt.“

Paul Levi war für den Versuch, war aber im Gefängnis. Die KPD-Zentrale lehnte ab. Lenin hätte gefragt: Wem nützt es?

3.3. Wie einen Aufstand beenden?

Es zeigte sich bald, dass das Ruhrgebiet allein auf weiter Flur kämpfte. (abgesehen von Max Hoelz im Vogtland). Alle Versuche im Reich Solidaritätsaktionen zu organisieren, blieben erfolglos. Ebenso gelang es der Reichsregierung, die holländische Regierung zu bewegen, keine Lebensmittel (im Tausch gegen Kohle) ins Revier zu liefern. Es wurde faktisch eine Hungerblockade verhängt. Das Ruhrgebiet war nicht einmal ansatzweise in der Lage, sich selbst zu versorgen. Damit war klar, dass ein Sozialismus in nur einem Landesteil völlig unmöglich war. Der „Realo-Flügel“ der Roten Armee und die ihn tragenden Organisationen, darunter auch der KPD-Flügel, der zur Reichszentrale in Berlin hielt, versuchten den Kampf zu möglichst guten Konditionen zu beenden.

Das Ergebnis war am 23.3./24.3. das Bielefelder Abkommen, eine Vereinbarung während des Ruhrkampfes von 1920 zwischen den Abgesandten der Roten Ruhrarmee und Vertretern der Reichsregierung.

Daraus einige relevante Auszüge:

„2. Sofortige Entwaffnung und Bestrafung aller am Putsch oder am Sturz der verfassungsmäßigen Regierung Schuldigen, sowie der Beamten, die sich ungesetzlichen Regierungen zur Verfügung gestellt haben. Es wird Straffreiheit denen gewährt, die in der Abwehr des gegenrevolutionären Anschlages gegen Gesetze verstoßen haben, wenn die Verstöße und Vergehen vor Abschluss dieser Vereinbarungen, spätestens aber bis zum 25. März, vormittags, 8 Uhr, erfolgten. Auf gemeine Verbrechen gegen Personen und Eigentum findet diese Bestimmung keine Anwendung.

3. Gründliche Reinigung der gesamten öffentlichen Verwaltungen und Betriebsverwaltungen von gegenrevolutionären Persönlichkeiten, besonders solchen in leitenden Stellungen, und Ersatz durch zuverlässige Kräfte. Wiedereinstellung aller in öffentlichen Diensten aus politischen und gewerkschaftlichen Gründen gemäßregelten Organisationsvertreter. ...

6. Sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige unter Zugrundelegung der Beschlüsse der Sozialisierungskommission, zu der Vertreter der Berufsverbände hinzuzuziehen sind. Die Einberufung der Sozialisierungskommission erfolgt sofort. Übernahme des Kohlen- und Kalisyndikats durch das Reich.“

Damit war die Erfüllung der wesentlichen Forderungen der Ruhrarbeiterschaft zugesagt.

24.3. ff. Es gab mindestens drei Gruppierungen, die mit diesem Abkommen nicht zufrieden sein konnten. Einmal die Mehrheits-SPD, denn das Bielefelder Abkommen trug die Handschrift der USPD und machte deutlich, dass die SPD durch ihre Politik seit dem November 1918 die Reaktion zu Putschen ermutigt hatte. Dann die Reichswehr, die nicht mehr in der bisherigen Form existiert hätte, wäre das Abkommen umgesetzt worden. Und am Schluss der Teil der Roten Ruhr-Armee, der unter linksradikalem Kommando stand und weiterhin auf eine Räterepublik im Ruhrgebiet setzte. Es gab drei bis 5 Kampfleitungen, die politisch unterschiedlich ausgerichtet waren. Vor Wesel war August Müller, „Dudo“ Leiter, der Linkskommunist war. Eine Reihe von Angehörigen der Kampfleitungen im westl. Ruhrgebiet (Düsseldorf, Duisburg, Mülheim) waren spätere KAPDler. Diese Spaltung ging durch die gesamte Rote Armee. Da es keine legitimierte Gesamtführung gab, sondern unterschiedliche Kampfleitungen, reagierten die Einheiten völlig unterschiedlich und gegensätzlich. Wir wissen heute, dass die Kommandostrukturen z.T. von Spitzeln durchsetzt waren, die ihrerseits die

Verwirrung schürten. Der Kampfleiter Karusseit-KPD war bezahlter Agent der Reichswehr (Büro Kölpin). So lösten sich in einigen Bereichen die Einheiten auf, während andere weiter vor Wesel lagen und noch andere auf Anweisungen warteten. Viele Einheiten erfuhren vom Bielefelder Abkommen nichts, andere hielten es für Fake News der Reichswehr.

27.3 Reichswehr marschiert ein und der Essener Zentralrat fordert von der Reichsregierung einen Waffenstillstand, um überhaupt die Beendigung der Kämpfe auch auf Seiten der Roten Armee durchsetzen zu können. Die Regierung fordert Abgabe aller Waffen. (soll bis zum 30.3. erfolgen)

3.4. Reaktionäre Beendigung des Aufstandes:

Um den 30.3.; Von überall her marschieren Reichswehr und Freikorps (Epp aus Bayern, Studentenkompagnien aus München, Marinebrigade Löwenfeld, Roßbach (NS!) im Ruhrgebiet ein. Als Reichswehr-Reserve steht die Brigade Ehrhardt (!!) bereit.

1. April ff.: Der weiße Schrecken (Illustrierte Geschichte, S.506 über Marinebrigade Löwenfeld in Bottrop.) Gruppenvergewaltigung einer ASB-Schwester. Ich verzichte auf die Einzelheiten des Berichtes. Es war entsetzlich. In Lünen wurden ASB-Schwester standrechtlich erschossen. In Pelkum über 90 Kämpfer an die Wand gestellt. (Innerhalb der offiziellen Waffenstillstandsfrist) In Recklinghausen wurden 4 Arbeiter gezwungen „unter dem Gesang von ‚Üb immer Treu und Redlichkeit‘ ihr eigenes Grab zu schaufeln.

Nach Lucas gab es „schätzungsweise rund 1000 Ermordete“ auf Seiten der Arbeiter.

3.5. Nach dem Ende:

11. April 1920: Standgerichte Dabei hatten einige Gerichte vorgedruckte Urteilstexte verwendet, die mit allgemeinen Ausführungen über den Charakter der Roten Armee begannen und mit zwei zur Auswahl („Nicht Zutreffendes streichen!“) gestellten Strafzumessungserwägungen endeten. Gegen die Urteile der außerordentlichen Kriegsgerichte gab es kein Rechtsmittel.

4. Die Verarbeitung von Putsch und Arbeiteraufstand

Konsequenzen für die aufständischen Arbeiter (Emil Julius Gumbel: Vier Jahre politischer Mord. Illustrierte Geschichte: S. 508.) In Bielefeld-Sennelager waren 600 Ruhrkämpfer monatelang inhaftiert (nach 1941 russische Gefangene). Mehrere tausend waren lokal inhaftiert. Für die Verurteilung gab es Vordrucke wo nur angekreuzt werden musste. „Der Abgeordnete Ludwig (USP) berichtete in der Reichstagssitzung vom 29. Juli 1920, dass annähernd 4.000 Personen in Haft genommen worden seien, darunter Leute, die nur am Sicherheitsdienst beteiligt waren oder Lebensmittellager bewacht haben. Gegen 822 Personen waren in diesem Zeitpunkt – also zu einer Zeit, als noch kein einziger Teilnehmer des Kapp-Putsches zur Verantwortung gezogen war – bereits Urteile über insgesamt 919 Jahre Gefängnis und 168 Jahre Zuchthaus gesprochen.

4.1. Konsequenzen für die Putschisten:

In den folgenden Monaten und Jahren wurden nur drei Putschisten angeklagt, und nur in einem Fall kam es zu einer Verurteilung: Der kurzzeitige Innenminister Traugott von Jagow wurde zur

Mindeststrafe von fünf Jahren Festungshaft verurteilt, der mildesten Form des Freiheitsentzugs. Gegen 540 Putsch-Offiziere wurde das Verfahren eingestellt.

Kapps Witwe bekam die staatliche Witwenpension in voller Höhe. General v. Lüttwitz erhielt bis zu seinem Tode eine jährliche Pension von 18.000 Reichsmark. Alle Putschführer bezogen „die ihnen gesetzlich zustehenden Pensionen.“

4.2. Politische Verschiebungen zwischen den Arbeiterparteien

Bei der Reichstagswahl im Juni 1920 zeigte sich die Machtverschiebung in der Arbeiterklasse. Die SPD-Stimmen halbierten sich. Die SPD erhielt noch 21,9 % (16% verloren), USPD steigt von 7,6% auf 18 %. Die KPD hat 2%.

Ergebnisse aus dem Ruhrgebiet:

Dortmund	Mehrheits-SPD	46,5 % → 19,6 %
	USPD	3,3 % → 28,6 %
Hagen	MSPD	20,7 % → 8,9 %
	USPD	20,3 % → 33,3 %

Ähnliche Ergebnisse sind für das gesamte Ruhrgebiet zu verzeichnen.

4.3. Lernprozesse in der Arbeiterklasse:

- Es war gelungen praktisch aus dem Nichts eine funktionsfähige Miliz-Armee zu schaffen.
- Es war in den Städten des Reviers gelungen, die reaktionären Verwaltungen durch Selbstverwaltungsorgane der Arbeiterorganisationen zu ersetzen, die Bevölkerung zu versorgen und auch den Nachschub für die Einheiten der Roten Armee zu organisieren.
- Die Erfahrungen des massenhaften parteiübergreifenden Handelns kamen beim Volksbegehren und bei der Volksabstimmung über die entschädigungslose Enteignung der vormals regierenden Fürstenhäuser im ersten Halbjahr 1926 noch einmal zum Tragen. In der Schlussphase der Weimarer Republik allerdings gab es nicht einmal mehr einen ernsthaften Versuch, die breiten Massen in vergleichbarer Weise zur Verteidigung der Republik und zur Abwehr der drohenden faschistischen Gefahr zu mobilisieren.
- Ein verständlicher aber für die Zukunft katastrophaler Lerneffekt war seitens großer Teile der Arbeiterklasse die Qualifizierung der SPD als „Noske-Mörder“ usw. Die Sozialfaschismustheorie hätte ohne diese realen Erfahrungen in der stalinisierten KPD kaum durchgesetzt werden können.

4.4. Lernprozesse auf der Rechten:

- Statt auf Putsche setzten die Hauptgruppen der Reaktion auf eine Ermattungsstrategie mit langem Atem plus Destabilisierung der Weimarer Demokratie. (Justiz, Armee, Staat). Deswegen wurden weitere Putsche wie der Hitlers 1923 nicht mit-getragen und waren zum Scheitern verurteilt.
- Die radikale Rechte hatte auch gelernt, dass die Mehrheit der SPD eher bereit war mit ihnen gegen die radikale Linke vorzugehen, als mit der Linken gegen Rechts.

Literaturhinweis:

Märzrevolution 1920

Wir haben den „Klassiker“ von Erhard Lucas neu aufgelegt.

Die Buchmacherei

BAND 1-2

EIN AUFSTAND WIRD 100

Gegen Militarismus und Faschismus – für Demokratie und Sozialismus

„Das Leben nimmt ihr uns – aber nicht den Geist. Gedenken an die Freiheitskämpfer 1920 – Sei Rebell auf zur Tat.“

(Inscription des Denkmals für die im Kampf gegen den Kapp-Putsch gefallenen Arbeiter in Bochum-Werne)

Märzrevolution 1920

BAND 3

40,00 €

Autor: Erhard Lucas

Seiten: 1.288 Seiten / ISBN 978-3-9820783-2-8 / Covergestaltung: Jochen Gester

Weitere Infos: Neuherausgabe der 3-bändigen Originalausgabe (1973-1976), Verlag Roter Stern in 2 Büchern

Bezug: Verlag Die Buchmacherei, Postfach 61 30 46, 10964 Berlin, Tel.: 030 – 81 85 77 59

<https://diebuchmacherei.de/produkt/maerzrevolution-1920/>

E-Mail: kontakt@diebuchmacherei.de